



Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,
liebe Leserinnen
und Leser,

nächste Woche wird auf dem CDU-Parteitag in Hamburg die Nachfolgerin oder der Nachfolger von Angela Merkel für den Parteivorsitz gewählt. Ich habe bereits zu Beginn des Monats öffentlich deutlich gemacht, dass ich einen Kurswechsel für falsch halte. Wir sind eine Partei der Mitte, und wir haben ca. zehn Prozent an die AfD sowie ca. 12 Prozent an die Grünen verloren. Gerade deshalb müssen wir Mitte und Vernunft bewahren. Was wir brauchen, ist Kontinuität bei permanenter Erneuerung. Darum glaube ich, dass unsere jetzige Generalsekretärin

Annegret Kramp-Karrenbauer genau die Richtige ist für die Nachfolge von Frau Merkel. Sie hat sich Regierungserfahrung erworben. Sie weiß, wie man in schwierigen Zeiten und Kontexten erfolgreich mit Partnern zusammenarbeitet. Ich glaube, dass sie in einer Zeit, in der vieles in Deutschland, der EU und der Welt auseinander driftet, sehr hilfreich sein könnte. Sie steht für Volksverbundenheit, innerparteiliche Demokratie und denkt erst zum Schluss an sich selbst.

Ich halte es für ein Risiko, jetzt einen „sogenannten“ Konservativen ohne zeitnahe Regierungserfahrung und der aus dem Deut-

schen Bundestag abtrat, als er ein gewünschtes Amt nicht bekam, zum Parteivorsitzenden zu wählen. Die Wirtschaft brummt in Deutschland auch ohne Intensivbeziehungen zum Großkapital. Frau Karrenbauer kommt familiär aus der Mitte unserer Gesellschaft. Sie vertritt unsere christlich-konservativen Werte und das oft gegen Zeitgeist und Mode. Damit steht sie für den Ort, wo die CDU hingehört.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen.

Herzlichst Ihr

Besuch aus meinem Wahlkreis



Nr. 22/19. WP
30. November 2018

Keine Gesinnungsschnüffelei im Kindergarten

Mit großem Befremden habe ich zur Kenntnis genommen, dass die Amadeu Antonio Stiftung mit der Unterstützung des Bundesfamilienministeriums eine Broschüre erarbeitet hat, die zur Gesinnungsschnüffelei auffordert. Die Broschüre trägt den Titel "Eene, mene, muh – und raus bist du!" Ich bin deshalb schockiert, weil diese Broschüre neben vielen guten Hinweisen eine Vorgehensweise anregt, wie wir sie im Fall des AfD-Internetprangers für Lehrer kürzlich und zu Recht öffentlich verurteilt haben. Aus diesem Grund habe ich zusammen mit meinen Kollegen von der AG Familie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Protestbrief an Bundesfamilienministerin Franziska Giffey geschrieben.

Befremdet hat mich die persönliche Unterstützung durch die Ministerin, die laut ihrem Vorwort die Handlungsempfehlungen ausdrücklich un-

terstützt. Dort schreibt sie nämlich: „Besonders begrüße ich die Handlungshinweise und Hilfsangebote.“ Es ist in meinen Augen absolut haarsträubend, dass hier Handlungsempfehlungen für Erzieherinnen und Erzieher für den Umgang mit Eltern und Kindern im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie Leben!" finanziell gefördert werden, in denen als Negativbeispiele für "völkische Elternhäuser" unter anderem Kleider und Zöpfe bei Mädchen sowie auch die Anleitung zum Erlernen von Handarbeiten genannt werden.

Das Grundgesetz stellt klar: Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht (Art. 6 II 1 GG). An diesem in der Verfassung verbrieften Recht müssen wir unser politisches Handeln messen. Eltern haben das garantierte Recht, die Erziehung ihrer Kinder frei zu gestalten. Darunter fällt selbstverständlich auch die enge

Einbindung eigener Werte und Überzeugungen in ihr erzieherisches Handeln. Es ist eben nicht die Aufgabe des Staates, die Überzeugungen der Eltern in Frage zu stellen oder gar zu kontrollieren, nicht in der Kita und nicht an einem anderen Ort.

Die Mitglieder der AG Familie hat darum die Ministerin aufgefordert, sich ganz klar von dieser Broschüre zu distanzieren und die Fördermittel zurückzufordern.



Klares Ja zum UN-Migrationspakt

Dank der AfD haben wir in dieser Woche gleich zweimal im Deutschen Bundestag über den UN-Migrationspakt diskutiert. Aufräumen möchte ich an dieser Stelle mit den vielen Vorurteilen und falschen Behauptungen gegenüber dem UN-Migrationspakt, die vor allem von der AfD gestreut worden sind. Er ist ganz eindeutig im nationalen Interesse Deutschlands, denn er ist darauf angelegt,

den Migrationsdruck nach Deutschland und auch nach Europa zu senken. Der UN-Migrationspakt begründet keine einklagbaren Rechte. Es ist allerdings richtig, dass Deutschland sich verpflichtet. Aber wozu? Wir verpflichten uns dazu, im Umgang mit Migranten genau jene Standards einzuhalten, die bei uns ohnehin schon Gesetz sind. Sie sind also für uns nichts Neues. Aber wir hoffen, dass dadurch auch viele

Herkunfts- und Transitstaaten ihre Bürger besser behandeln, damit sie in ihrer Heimat ein würdevolleres, von Verfolgung freies und nicht zuletzt wirtschaftlich attraktiveres Leben führen können. Das würde den Migrationsdruck enorm senken und uns helfen.

Rettungsdienste brauchen mehr Freiwillige

Den Rettungsdiensten kommt ein besonderer Stellenwert zu, da Bevölkerungsschutz eigentlich Aufgabe des Staates ist. Aber auch sehr viele Freiwillige engagieren sich in diesem Bereich. Die Arbeit der Rettungsdienste Technisches Hilfswerk, Deutsches Rotes Kreuz und Deutscher Feuerwehrverband standen am Mittwoch (28.22.2018) im Mittelpunkt eines öffentlichen Fachgespräches im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement.

Feuerwehrmänner und -frauen sowie Rettungsdienste sind zur Stelle, wenn Menschen in Not sind. Sie riskieren dabei sowohl in der

Brandbekämpfung als auch im Rettungsdienst uneigennützig und oftmals im Ehrenamt ihr eigenes Leben. Der Respekt und die Unterstützung der Einsatzkräfte der Feuerwehren und Rettungsdienste haben in den letzten Jahren immer mehr nachgelassen. Einsatzkräfte werden häufiger bei der sachgerechten Ausübung ihrer Tätigkeit behindert und verbal und körperlich angegriffen. Darum muss die Werte- und Respektvermittlung an den Schulen dringend verstärkt werden.

Mit Aussetzung der Wehrpflicht verzeichnet das Technische Hilfswerk (THW) einen Rückgang der Nachwuchszahlen. Durch den sozialen Wandel ist

die temporäre Beschäftigung zwar groß, jedoch lässt die lebenslange Bindung an Freiwilligenarbeit nach. Es werden neue, innovative und kluge Ideen benötigt. Die Helferinnen und Helfer müssen ein fruchtbares Coaching zur Nachwuchsgewinnung erhalten. Es werden dringend neue Freiwillige gesucht, denn die letzten sechs Jahre haben gezeigt, dass z.B. der Klimawandel und der zunehmende Straßenverkehr die Einsatzkräfte vor neue Herausforderungen stellen. Zudem hat sich die Zahl der Einsätze um sechs Prozent erhöht.

Politik des Iran gegenüber Israel ist unannehmbar

Am 25. November 2018 habe ich am 5. Deutschen Israel-Kongress des Mideast Freedom Forums Berlin in Frankfurt am Main teilgenommen. Thema war das Verhältnis zwischen Israel und Iran. Für die deutsche Iran-Politik gilt, dass wir Israel immer mitdenken und einbeziehen müssen. Gemeinsam mit der EU sollten wir uns auf Maßnahmen verständigen, um auf Eskalation zu reagieren. Wichtig ist dabei die Zusammenarbeit mit allen Organisationen von Exil-Iranern, die demokratische und menschenrechtliche Positionen vertreten. Wir müssen Waffen-Exporte nach Iran (auch über Drittstaaten) verhindern. Nicht zuletzt geht es darum, die desinformierende, zersetzende und manipulative bis hin zu Gewalt anwendende

Tätigkeit der iranischen Geheimdienste zu entlarven.

Dazu müssen wir alle rechtstaatlichen Möglichkeiten der Ahndung und Bestrafung erkannter Rechtsbeugung nutzen.

Im Deutschen Bundestag gibt es neben einer "Handvoll" Abgeordneter, die sich entschieden gegen die unannehbare Politik des Mullah-Regimes gegenüber Israel, seine antisemitischen Positionen und die massive, permanente Verletzung der Menschenrechte einsetzen. Eine erkennbare Mehrheit der Abgeordneten nimmt dagegen eine nicht erkennbare oder opportunistische Haltung gegenüber dem Iran (selbst in der AG Menschenrechte der CDU/CSU) ein. Der niemals aufzugebende Anspruch an deutsche Politik - Bundestag wie Regierung -,

einer Leugnung des Holocaust und der Förderung des Antisemitismus durch Staaten oder Personen entschieden entgegenzutreten, ist im Deutschen Bundestag gegenüber dem Iran z.Z. nicht erkennbar.

Ob diplomatische Verstimmungen, Einschränkungen wirtschaftlicher Kooperationen oder das "Platzen" des Atomvertrages dafür ausschlaggebende Gründe sind, ist für mich nicht erkennbar.

Als Deutscher, als Abgeordneter und Mitglied des Menschenrechtsausschusses ist dies aber eine unverzichtbare Positionierung und wesentliche Aufgabe deutscher Iranpolitik. Durch vermehrte Öffentlichkeitsarbeit und Gesprächen mit Abgeordneten muss an einer veränderteren Politik gearbeitet werden.

Martin Patzelt, MdB

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746
martin.patzelt.ma05@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Oleksii Kysliak
Beeskowerstr. 114
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Wahlkreisbüro Beeskow

Breite Straße 40
15848 Beeskow
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter
direkt über die Homepage
abonnieren, oder senden Sie
uns eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Vorlese-Aktion im Leseclub Kupferschmiede

Gemeinsam lesen, spielen, Geschichten als Theaterstück auf-führen oder dazu et-was basteln – all das machen Kinder regel-mäßig in Leseclubs. Und auch das Vorlesen steht oft auf dem Pro-gramm so wie beim Besuch des Branden-burger CDU-Bundes-tagsabgeordneten Martin Patzelt im Le-seclub Kupferschmie-de e.V. am 3. Dezem-ber 2018 um 15 Uhr in der Stadtbibliothek Beeskow (Mauerstraße 28).

Vor der Vorlese-Aktion stellen die ehrenamtli-chen Betreuerinnen und Betreuer gemein-sam mit den Kindern die Angebote des Le-

seclubs vor. Der Leseclub Kupferschmiede e.V. er-hält regelmäßig neue Bücher, Zeitschriften, Spiele und andere Medi-en von der Stiftung Les-en. Außerdem gibt es ein breites Weiterbil-dungsprogramm für die Ehrenamtlichen.

Denn das Vorlesen ist und bleibt ein wichtiges Verbindungselement zwi-schen Kindern und Er-wachsenen, das Vertrau-en und Zuwendung schafft, Wertevermittlung ermöglicht und nicht zu-letzt Freude den Zuhö-rern sowie dem Vorleser bereitet.

Die Leseclubs sind eine bundesweite Initiative der Stiftung Lesen und stehen unter dem Motto

„Mit Freu(n)den lesen“. In den Leseclubs erhal-ten die Kinder beson-ders niedrigschwellige Zugänge zum Lesen und können in ihrer Freizeit und ganz ohne Notendruck ihre Lesemotivat-ion steigern. Das Kon-zept macht sich dabei den sogenannten „Peer-Group-Effekt“ zunutze, da es den Kindern Raum bietet, sich gegen-seitig zu unterstützen und zum regelmäßigen Lesen zu motivieren. Deutschlandweit gibt es rund 250 Leseclubs. Deren Zahl soll in den nächsten Jahren noch verdoppelt werden. Fi-nanziert werden die Le-seclubs aus Mitteln des Förderprogramms „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“

Dienstposten bei Bundespolizei Frankfurt (Oder)

Am Freitag, den 23.11.2018, hat der Bundestag den Bun-deshaushalt 2019 beschlossen. Dazu habe ich folgende Pressemitteilung ver-öffentlicht:

Die innere und äußere Sicherheit hat für die Unionsfraktion hohe Priorität. Das spiegelt der Bundeshaushalt 2019 ganz deutlich wider. Besonders freue ich mich, dass wir die zweifellos be-rechtigten Forderun-gen der Bundespolizei-inspektion Frankfurt

(Oder), die mir während des Besuchs im Sommer 2018 vorgetragen wur-den, durchsetzen konn-ten. Denn die 51 Stellen in der Bundespolizeiin-spektion Frankfurt (Oder), die mit dem Vermerk „kw“ (künftig wegfallend) gekennzeichnet wurden, bleiben weiterhin erhal-ten. Damit haben wir ein klares Zeichen für Sicher-heit und Ordnung in un-serer Region gesetzt.

Hintergrund
Am 10. August 2018 ha-ben die Brandenburger CDU-Bundestagsab-geordneten Martin Pat-

zelt, Dr. Klaus-Peter Schulze und Hans-Georg von der Marwitz die Bundespolizeiin-spektion Frankfurt (Oder) besucht. Aus-gangspunkt waren Hin-weise des örtlichen Per-sonalrates, dass auf Grund fehlender Wie-derbesetzung von kw-gesparten Stellen die Aufgaben insbesondere bei der Bearbeitung von Massendelikten und des Grenzschutzes nur eingeschränkt er-füllt werden können.